

Bundesamt für Aussenwirtschaft

Polen 861.5 - hed

Bern, 7. Juli 1993

Antrag an Herrn Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz

1. **Genehmigung des Vertrages zwischen der Schweiz und Polen über eine Schuldenreduktion und eine schweizerische Beteiligung am ECOFUND**
2. **Kreditantrag über <5 Mio. Franken für den Rückkauf der Selbstbehalte von 10 % (67,8 Mio. Fr.) der ERG-garantierten Kredite an Polen**
3. **Erlass von Bundesvorschüssen an die ERG im gleichen Umfang wie der von der ERG garantierte Teil der zu streichenden Schulden Polens**

1. Hintergrund

Im Rahmen der im Club de Paris im April 1991 geführten Umschuldungsverhandlungen äusserte Polen den Wunsch nach einer Umwandlung von 10 % der offiziellen Schulden zugunsten von Umweltprojekten (zusätzlich zur damals gewährten 50 %igen Reduktion). Diese nichtzwingende Option ist im Protokoll des Club de Paris vom 21.04.91 (Sektion II, Paragraph 4) erwähnt. Im Juli 1991 fand in Oslo unter Teilnahme einer schweizerischen Delegation eine Anschlusskonferenz statt, an welcher der polnische Vorschlag eines "Debt for Environment Swap" weiterdiskutiert wurde. Anlässlich der bilateralen Umschuldungsverhandlungen im Juli 1992 führten die Schweiz und Polen erste bilaterale Gespräche über den inzwischen konkretisierten polnischen Vorschlag. Die Schweiz erklärte sich im Rahmen des Umschuldungsabkommens bereit, die Möglichkeit einer Schuldenumwandlung zugunsten von Umweltprojekten zu prüfen. Im Zusammenhang mit verschiedenen Missionen und anlässlich der Luzerner Ministerkonferenz "Umwelt für Europa" wurden weitere Gespräche in dieser Angelegenheit geführt.

2. Vertrag zwischen der Schweiz und Polen über eine Schuldenreduktion und eine schweizerische Beteiligung am ECOFUND

2.1. Überblick

Am 13./14.05.93 führten eine schweizerische Delegation unter der Leitung von H. Escher und eine polnische Delegation unter der Leitung von Unterstaatssekretär R. Michalski (Finanzministerium) in Warschau Verhandlungen über eine Schuldenumwandlung zugunsten von Umweltprojekten. Die Verhandlungen wurden am 14.05.93 mit der Paraphierung des beiliegenden Vertrages abgeschlossen. Der Vertrag entspricht weitgehend dem von der polnischen Seite gut aufgenommenen schweizerischen Vorschlag. Es sieht die Streichung von 10 % der offiziellen polnischen Schulden gegenüber der Schweiz (67,8 Mio. von total 678 Mio. Fr.) unter gleichzeitiger Bezahlung der entsprechenden Beträge polnischerseits an den "ECOFUND" vor.



Die Schweiz ist das erste Land, das mit Polen einen derartigen Vertrag ausgehandelt hat. Die polnische Seite zeigte sich befriedigt über die schweizerische Teilnahme an ihrer ECOFUND-Initiative. In der Hoffnung, nun weitere Gläubigerländer von einer Teilnahme überzeugen zu können, ersuchte Polen die Schweiz darum, den ausgehandelten Vertrag als Modelltext für künftige Verhandlungen verwenden zu dürfen, was schweizerischerseits zugestanden wurde. Das Interesse anderer Gläubigerländer an der ECOFUND-Initiative Polens scheint allerdings weiterhin beschränkt zu sein. Am 2. Juni 1993 wurde mit Frankreich ein Vertrag über eine Reduktion von 1 % (260 Mio. fFr.) der polnischen Schulden gegenüber Frankreich und der Verwendung des Gegenwerts im Rahmen des ECOFUND unterzeichnet. Schweden soll Interesse gezeigt haben, ebenso die anderen Nordiker. Japan habe eine andere Vorgehensweise ins Auge gefasst. Es ist also keineswegs sicher, ob weitere Gläubigerländer aktiv und in vergleichbarer Weise wie die Schweiz am ECOFUND teilnehmen werden.

Damit die Schweiz in der Lage ist, den Vertrag über eine Schuldenreduktion und eine schweizerische Beteiligung am ECOFUND zu unterzeichnen, muss der Bund einerseits von den Exporteuren bzw. Banken die Selbstbehalte der zu streichenden Forderungen zurückkaufen (s.u. Punkt 3.) und andererseits die ERG entschädigen (s.u. Punkt 4).

2.2. ECOFUND

Der ECOFUND ist eine vom polnischen Finanzministerium im August 1992 gegründete Stiftung, die zur Aufgabe hat, Beträge aus Schuldenumwandlungen zu verwalten und Investitionsvorhaben im Umweltbereich mit Grant-Beiträgen bis zu 30 % des Investitionsvolumens zu unterstützen, wobei in Ausnahmefällen auch ein grösserer Anteil möglich ist. Als Priorität stehen Massnahmen im Bereich der grenzüberschreitenden Luftverschmutzung, des Treibhauseffektes, der Verschmutzung der Ostsee sowie die Förderung der biologischen Vielfalt im Vordergrund. Polen hat der Schweiz im Rahmen des Vertrages Einsitznahme im Steuerungsorgan ("Council") des ECOFUND garantiert. Der ECOFUND hat bis jetzt ca. 8 Mio. US-\$¹⁾ für 14 Projekte verpflichtet.

Ein zentraler Punkt ist, dass die Ausgaben, die der ECOFUND tätigt, additionell sind zu den Ausgaben im Umweltbereich, die über den polnischen Staatshaushalt finanziert werden. Diese Additionalität ist dadurch gewährleistet, dass das Umweltministerium (wie auch der "National Environment Fund" Polens) keine Investitionen finanziert. Das Umweltministerium ist lediglich für Administration, Erziehung, Forschung, etc. zuständig; es gibt daher wenig Überschneidungspunkte.

2.3. Inhalt des Vertrages (paraphierter Text s. Beilage)

In der **Präambel** wird auf die Pariser Klub Vereinbarung vom 21.04.91 sowie auf das hierauf bezugnehmende bilaterale Umschuldungsabkommen vom 30.9.92 verwiesen, im Rahmen welcher die Möglichkeit einer zusätzlichen Schuldenreduktion um 10 % in Form von "Debt-Swaps" in Betracht gezogen wurde. Des weiteren wird Besorgnis ausgedrückt über die Umweltsituation in Polen. Schliesslich wird auf die Luzerner Ministerkonferenz "Umwelt für Europa" und auf die Statuten des ECOFUND verwiesen.

1) Diese Gelder stammen aus dem Umschuldungsabkommen mit den USA, welches eine 10 %ige Schuldenreduktion zugunsten von Umweltaktivitäten in Polen beinhaltet, aber keine eigentliche Teilnahme der USA am ECOFUND vorsieht.

Zweck des Vertrages (**Artikel 1**) ist die Streichung von 10 % der offiziellen polnischen Schulden gegenüber der Schweiz unter gleichzeitiger Bezahlung der entsprechenden Beträge polnischerseits an den ECOFUND sowie die Festlegung der schweizerischen Beteiligung an diesem.

Der Vertrag sieht laut **Artikel 2** vor, dass die Schweiz 10 % der gesamten Nominalschuld Polens gegenüber der Schweiz erlässt; also **ca. 67,8 Mio. Franken** (von total 678 Mio. Fr.)²⁾. Der genaue Betrag in Artikel 2 kann erst eingesetzt werden, wenn der Anhang I (Liste der zu streichenden Schulden) erstellt ist. Dieser liegt erst nach Abschluss des Rückkaufs der Selbstbehalte vor (s.u. Punkt 3.).

Polen verpflichtet sich gemäss **Artikel 3**, künftig alle Beträge, die es in Form von Zins- und Amortisationszahlungen für die erlassenen schweizerischen Forderungen im Rahmen des Umschuldungsabkommens hätte bezahlen müssen, in Lokalwährung auf ein Sperrkonto bei der Bank Handlowy zu überweisen. Abgesehen davon, dass die Beträge in Zloty bezahlt werden sollen, ist der Zahlungsmodus jenem identisch, der im bilateralen Umschuldungsabkommen festgelegt wurde. Als Wechselkurs, der jeweils für die Umrechnung der Schweizerfrankenbeträge in Zloty anzuwenden sein wird, gilt der Durchschnittskurs der polnischen Nationalbank am Fälligkeitsdatum.

Die Gelder auf dem Sperrkonto werden laut **Artikel 4** zur Finanzierung von Umweltprojekten des polnischen ECOFUND verwendet. Polen stellt sicher, dass der Schweiz in allen den ECOFUND betreffenden Angelegenheiten Meistbegünstigung und Nichtdiskriminierung gewährt wird.

Die Beanspruchung der Gelder auf dem Sperrkonto (**Artikel 5**) kann nur mit Zustimmung der zuständigen schweizerischen Behörden (BAWI) erfolgen. Die Einwilligung schweizerischerseits ist an fünf Bedingungen geknüpft: Einhaltung des bilateralen Umschuldungsabkommens und des Prinzips der Additionalität, Zustimmung zum betreffenden Projekt als solchem, Sicherstellung der Gesamtfinanzierung des Projektes vor der Freigabe des Projektbeitrags aus dem Sperrkonto sowie Beschaffung eines signifikanten Teils der für die vorgesehenen Projekte benötigten Güter und Dienstleistungen in den am ECOFUND beteiligten Ländern.

Laut **Artikel 6** garantiert Polen der Schweiz Einsitz im Steuerungsorgan (Stiftungsrat) des ECOFUND. Daneben wird der Schweiz auch Einsitz im wissenschaftlichen Rat gewährt.

Die Lösung von Streitfällen (**Artikel 7**) erfolgt gemäss dem gleichen Verfahren, das z.B. bei den Investitionsschutzabkommen üblicherweise vorgesehen ist, wobei die Fristen verkürzt wurden.

In **Artikel 8** werden die für die Handhabung des Vertrages zuständigen Behörden aufgelistet (für die Schweiz das BAWI, für Polen das Finanzministerium).

Die drei Anhänge bilden einen integrierenden Teil des Vertrages (**Artikel 9**). Anhang I kann erst nach erfolgtem Rückkauf der Selbstbehalte von den Exporteuren bzw. Banken durch den Bund erstellt werden. Er muss für die Vertragsunterzeichnung vorliegen.

Allfällige Änderungen des Vertrages werden mittels Briefwechsel vorgenommen (**Artikel 10**).

2) Aufgrund des bilateralen Umschuldungs- und Schuldenreduktionsabkommens vom 30. September 1992 sind diese Beträge mittels einer Zinsreduktion auf Gegenwertsbasis bereits halbiert worden.

Der Vertrag bleibt gemäss **Artikel 11** solange in Kraft, bis Polen alle Zahlungen gemäss Artikel 3 vorgenommen hat und die Gelder auf dem Sperrkonto aufgebraucht sind.

Die Schweiz behält sich vor, den Vertrag zu kündigen, falls Polen die vereinbarten Bedingungen verletzt (**Artikel 12**). Für Polen besteht diese Möglichkeit nicht. Im Falle einer Kündigung schuldet Polen der Schweiz den noch nicht erlassenen Betrag und muss diesen gemäss dem bilateralen Umschuldungsabkommen bedienen.

Der Vertrag tritt laut **Artikel 13** am Tag der Unterzeichnung durch die beiden Regierungen in Kraft.

3. Kreditantrag über <5 Mio. Franken für den Rückkauf der Selbstbehalte von 10 % (67,8 Mio. Fr.) der ERG-garantierten Kredite an Polen

Der Aufkauf der Selbstbehalte wird mittels eines Auktionsverfahrens durchgeführt werden. Dabei wird ein Maximalpreis festgelegt werden, der sich am Sekundärmarktpreis für kommerzielle Schuldtitel Polens orientiert (zur Zeit ca. 30 % des Nominalwerts). Die Exporteure bzw. Banken können ihre Selbstbehalte zum Maximalpreis oder einem tieferen Preis anbieten (immer in verbindlicher Form). Von den eingegangenen Angeboten werden der Reihe nach diejenigen berücksichtigt, die zum tiefsten Preis angeboten worden sind, bis die Selbstbehalte von 10 % der Forderungen aufgekauft sind. Die Auswahl der Angebote erfolgt durch das BAWI. Der Anteil der Selbstbehalte beträgt etwa 10 bis 30 % der Forderungen.

Die Mittel für den Aufkauf der Selbstbehalte stammen aus dem zweiten Rahmenkredit für die Unterstützung der Länder Mittel- und Osteuropas. Es kann nicht genau festgelegt werden, wie hoch die Kosten sein werden, da einerseits der Selbstbehaltsanteil schwankt und andererseits unbekannt ist, zu welchem Preis die Exporteure bzw. Banken anbieten werden. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass der Rückkauf der Selbstbehalte maximal <5 Mio. Franken kosten wird.

4. Erlass von Bundesvorschüssen an die ERG im gleichen Umfang wie der von der ERG garantierte Teil der zu streichenden Schulden Polens

Die Entschädigung der ERG erfolgt mittels eines Erlasses von Bundesvorschüssen an die ERG, welcher laut dem entsprechenden Bundesbeschluss³⁾ zu 100 % des nominellen Garantiebetrags erfolgt. Der von der ERG garantierte Teil der Forderungen gegenüber Polen beträgt zwischen 70 und 90 %. Bei einem Schuldenerlass von 67,8 Mio. Franken gegenüber Polen werden demnach Bundesvorschüsse an die ERG in der Grössenordnung von bis zu rund 60 Mio. Franken zu streichen sein. Der Erlass erfolgt zeitgleich mit der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Schweiz und Polen über eine zusätzliche Schuldenreduktion und eine schweizerische Teilnahme am ECOFUND.

3) Bundesbeschluss vom 14. Dezember 1990 über Massnahmen zur Entlastung der Exportrisikogarantie (ERG) (SR 946.12); Botschaft vom 21. Februar 1990 (BBl. 1991 I 1790)

5. Rechtliche Grundlagen

Die rechtliche Grundlage für Finanzhilfemassnahmen (einschliesslich Entschuldungsmassnahmen) zugunsten der mittel- und osteuropäischen Staaten bildet der Bundesbeschluss vom 28. Januar 1992 über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten (BBl. 1992 I 510)⁴). Der Abschluss von Abkommen über eine Schuldenreduktion fällt gemäss Art. 1 des Bundesbeschlusses vom 5. Oktober 1990 über den Abschluss von Schuldenkonsolidierungsabkommen (SR 973.20) in die Zuständigkeit des Bundesrates. Gestützt auf diesen Bundesbeschluss hat der Bundesrat am 24. Juni 1992 den Entwurf zum Abkommen über eine Umschuldung und Schuldenreduktion zugunsten von Polen im Sinne von Verhandlungsinstruktionen gutgeheissen. Der Erlass von Vorschüssen des Bundes an die ERG zum Zeitpunkt des Abschlusses von Entschuldungsabkommen stützt sich auf den Bundesbeschluss vom 14. Dezember 1990 über Massnahmen zur Entlastung der ERG (SR 946.12)⁵).

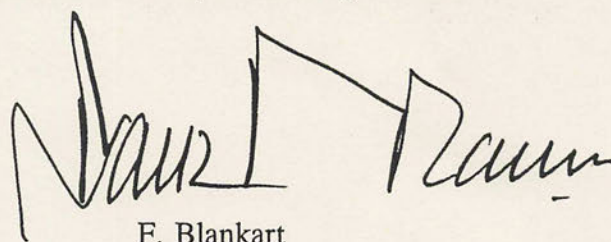
6. Antrag, Finanzierung und Konsultation

Gestützt auf die vorangehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen, für den Rückkauf der Selbstbehalte von 10 % (67,8 Mio. Fr.) der ERG-garantierten Kredite an Polen einen Betrag von maximal <5 Mio. Franken zu bewilligen.

Der Betrag geht zulasten des zweiten Rahmenkredits für die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten (BBl. 1992 I 510)⁶). Die entsprechenden Ausgaben sind im Budget 1993 unter der Rubrik 0703.3600.250 vorgesehen. Gemäss der Verordnung vom 6. Mai 1992 über Massnahmen zur verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten (Art. 7) liegt die Kompetenz zur Genehmigung von Beträgen zwischen 1 und <5 Mio. Franken beim Departementschef der zuständigen Bundesstelle mit Zustimmung des EFD.

Das EFD (EFV) wurde konsultiert und ist mit dem Antrag einverstanden. Die zuständigen Dienste des EDA (BZO) sowie das BUWAL sind über das Projekt laufend informiert worden.

Falls Sie dem vorliegenden Antrag zustimmen können, bitten wir Sie, das beiliegende Formular zu datieren und zu unterzeichnen.



F. Blankart

Beilage: Paraphierter Text des Vertrages zwischen der Schweiz und Polen über eine Schuldenreduktion und eine schweizerische Beteiligung am ECOFUND

4) Botschaft vom 23. September 1991, BBl. 1991 IV 553 (S. 30-32)

5) Botschaft vom 21. Februar 1990, BBl. 1991 I 1790

6) Botschaft vom 23. September 1991, BBl. 1991 IV 553

OFFICE FÉDÉRAL DES AFFAIRES
ÉCONOMIQUES EXTÉRIEURES

RK II/OST/036/FH 17/93
EDA Nr. 539/93

Berne, le 7 juillet 1993

Proposition

**"Echange dette pour environnement" avec la Pologne
pour un montant de 67,8 millions de francs (10 % des dettes polonaises)**

Courte description

Approbation de l'accord paraphé entre la Suisse et la Pologne sur une remise de 10% des dettes polonaises liée à la participation suisse à l'ECOFUND (fondation écologique à laquelle la Pologne doit verser le même montant en monnaie locale que pour le remboursement de la dette à remettre).

Demande de l'autorisation de racheter les franchises des crédits garantis à la Pologne par la GRE et prévus pour la remise (condition pour être en mesure de signer ledit accord avec la Pologne). Puisque le rachat s'effectue par un appel d'offre il n'est pas possible d'estimer les coûts exacts de l'opération. Ils seront cependant en tout cas inférieurs à 5 millions de francs suisses.

Prise en charge par la Confédération des créances correspondant à la partie garantie par la GRE des 10% des dettes polonaises à remettre (environ 60 millions de francs), par la suppression, au moment de la signature de l'accord mentionné ci-dessus, des avances de la Confédération à la GRE d'un montant correspondant.

Type de mesure

Réduction de l'endettement

Institution responsable, agence d'exécution

OFAEE

Approbation demandée

<5 millions de francs suisses (coût maximal)

Le Délégué:

p.o. *Maurer*

Département fédéral des finances

Berne, le 12 JUIL. 1993

arr	MER	CAN	ARO		
Datum	13/8				
Visa	<i>[Signature]</i>	<i>[Signature]</i>	<i>[Signature]</i>	<i>[Signature]</i>	<i>[Signature]</i>
EDA	12.08.93	18			
Ref.	EB. 75.77. 20.00 POL				

Le Directeur de l'OFAEE:

[Signature]
Accord

[Signature]

Décision

D'accord

Département fédéral de
l'économie publique

Berne, le -9 AOUT 1993

[Signature]

- 2 -

Kopie an: Schweizerische Botschaft, Warschau
Koordinationsbureau Warschau, z.H. Herrn Leuenberger
Herrn Botschafter J. O. Quinche, Chalet le Roc, 1857 Huemoz
EDA, PA I, BZO
EDI, BUWAL
blf, jek, ari, jag, ram, esh, maz/str, sca/pan, std/dar; hed

Agreement
between
the Government of the Swiss Confederation
and
the Government of the Republic of Poland
on a Debt Cancellation
related to a Swiss Participation
in the Polish "ECOFUND"

17

Grish

The Government of the Swiss Confederation

and

the Government of the Republic of Poland

being in accordance with the "Agreed Minute on the Reduction and Reorganization of the Debt of the Republic of Poland" signed in Paris on April 21, 1991, between certain creditor countries, among which Switzerland, and representatives of the Republic of Poland, and in particular to Section II Paragraph 4 therein giving the participating creditor countries the possibility to, on a voluntary basis, sell or exchange, in the framework of debt swaps, the amounts of outstanding credits, loans and consolidations up to 10% of the Relevant Principal,

being in accordance with the "Agreement between the Government of the Swiss Confederation and the Government of the Republic of Poland on the Reduction and Reorganization of Polish debts" signed in Warsaw on September 30, 1992 (hereinafter called "Bilateral Debt Agreement"), and in particular to article 12 therein stating that, on a voluntary basis, the Government of the Swiss Confederation may sell or exchange, in the framework of debt swaps, certain amounts of outstanding credits, loans and consolidations,

expressing their mutual concern over the state of Poland's natural environment and stating their view regarding the need for concerted action to restore Poland's environment,

resolving to contribute in the spirit of the Lucerne Conference on Environment for Europe to the strengthening of international cooperation in environmental issues and to develop their relations in the field of environmental cooperation to their mutual benefit,

referring to the Charter of the ECOFUND established by the Minister of Finance of the Republic of Poland on behalf of the Polish State Treasury and registered in Warsaw on August 19, 1992,

have agreed as follows:

Article 1

Objectives

This Agreement contains provisions regarding the cancellation of an additional 10% of the officially guaranteed Polish debt towards Switzerland, the payment by Poland of the equivalent value to the ECOFUND and the implementation and operation of the Swiss participation in the ECOFUND.

E

Guiski

Article 2

Debt cancellation

1. The total amount of the outstanding officially guaranteed commercial credits listed in Annex I to be forgone is [approximately 67.8 Million Swiss Francs - exact amount to be inserted before the signature], representing approximately 10% of the Relevant Principal before any reduction, as defined in the Bilateral Debt Agreement.
2. Switzerland shall gradually forgo the total amount in Paragraph 1 of this Article in 28 semi-annual partial cancellations as specified in Annex II of this Agreement, the first partial cancellation to be made on September 30, 1995, the last partial cancellation to be made on March 31, 2009.

Article 3

Payments by Poland

1. The payment of the amounts specified in Paragraph 2 of this Article shall be made in Polish Zloty to an escrow account with the Bank Handlowy w Warszawie S.A.. The exchange rate to be applied for the conversion from Swiss Francs to Polish Zloty shall be the average exchange rate of Narodowy Bank Polski on the date of payment of each amount.
 2. Poland shall make the following payments:
 - a) The payment of the total amount of [approximately 67.8 Million Swiss Francs - exact amount to be inserted before the signature] will be divided in 28 semi-annual installments as specified in Annex III of this Agreement, the first installment to be made on September 30, 1995, the final installment to be made on March 31, 2009.
 - b) Interest: The interest rate applied to the outstanding amount shall be 1,60% p.a. from April 1, 1993 to March 31, 1994. The interest rate applied to the outstanding amount from April 1, 1994 until full payment of the total amount as specified in Subparagraph a) of this Paragraph shall be
 - i) 5,7002% p.a. in case Poland is accorded a 30% debt reduction in the framework of the Paris Club Debt Reduction and Reorganization,
 - ii) 2,2223% p.a. in case Poland is accorded a 50% debt reduction in the framework of the Paris Club Debt Reduction and Reorganization.
- Interest will be calculated on the basis of the amounts in Swiss Francs. It will be calculated on the basis of 360 days a year and exact number of days a month and shall be payable for the first time on September 30, 1993 and thereafter on March 31 and September 30 of each year.
- c) Interest on arrears: In the event that a payment specified in Subparagraphs a) and b) of this Paragraph has not been effected on the due date, interest shall be paid on the amount concerned, calculated at a rate of 8% p.a. on the basis of the amount in Swiss Francs.

E

Guisli

Article 4

ECOFUND

1. The amounts paid to the escrow account as described in Article 3 as well as the interests accruing therefrom will be used as contributions to the ECOFUND.
2. The fields of activities of the ECOFUND and the mechanisms for project implementation are defined in the ECOFUND Charter.
3. Poland shall ensure that the ECOFUND will provide the Swiss Authorities at least with annual reports of such scope and such detail as the Swiss Authorities shall reasonably request, on the execution of the projects and the accomplishment of the purpose of the projects financed in whole or in part through the escrow account mentioned in Article 3, including certified financial statements on the use of the proceeds from the financial contributions of the escrow account.
4. Poland shall ensure that Switzerland is granted treatment based on the principles of most favoured nation treatment and non-discrimination in all matters pertaining to the ECOFUND.

Article 5

Escrow account

1. The escrow account shall be established in such a way as to allow disbursements only after the approval by both the Council of the ECOFUND and the Swiss Authorities.
2. The approval of the Swiss Authorities shall depend on:
 - a) Poland's complying with the Bilateral Debt Agreement;
 - b) Poland's complying with the principle of additionality, i.e. projects or other activities financed by the ECOFUND shall be additional to the Polish state budget allocations for environmental activities and shall not substitute these state budget allocations;
 - c) their agreeing to the projects proposed;
 - d) funding for the part of the project cost not covered by ECOFUND being secured.
 - e) a significant part of the procurement of goods and services for projects supported by the ECOFUND being made in Poland and countries participating in the ECOFUND on the basis of international competitive bidding (ICB) according to the generally accepted standard provisions of the European Bank for Reconstruction and Development (EBRD), [unless a country participating in the ECOFUND limits procurement to Poland and itself in which case this country is excluded from participating in ICB for procurement financed in whole or in part through the escrow account established under this Agreement].

T,

Zuzi

Article 6

Swiss participation in the ECOFUND

1. Poland shall ensure that Switzerland will be granted a voting seat in the Council of the ECOFUND for as long as this Agreement is in force.
2. Poland shall also ensure that Switzerland will be given the possibility to participate in the Scientific Council of the ECOFUND.

Article 7

Dispute settlement

1. Disputes between Contracting Parties regarding the interpretation or application of the provisions of this Agreement shall be settled through diplomatic channels.
2. If both Contracting Parties cannot reach an agreement within three months after the beginning of the dispute between themselves, the latter shall, upon request of either Contracting Party, be submitted to an arbitral tribunal of three members. Each Contracting Party shall appoint one arbitrator, and these two arbitrators shall nominate a chairman who shall be a national of a third State.
3. If one of the Contracting Parties has not appointed its arbitrator and has not followed the invitation of the other Contracting Party to make that appointment within one month, the arbitrator shall be appointed upon the request of that Contracting Party by the President of the International Court of Justice.
4. If both arbitrators cannot reach an agreement about the choice of the chairman within one month after their appointment, the latter shall be appointed upon the request of either Contracting Party by the President of the International Court of Justice.
5. If, in the cases specified under Paragraphs 3 and 4 of this Article, the President of the International Court of Justice is prevented from carrying out the said function or if he is a national of either Contracting Party, the appointment shall be made by the Vice-President, and if the latter is prevented or if he is a national of either Contracting Party, the appointment shall be made by the most senior Judge of the Court who is not a national of either Contracting Party.
6. Unless the Contracting Parties have agreed otherwise, the tribunal shall determine its procedure.
7. The decisions of the tribunal are final and binding for each Contracting Party.

E,

Zuid

Article 8

Authorities in charge of the application of this Agreement

The following authorities shall be in charge of the application of this Agreement:

a) On the Swiss side:

Federal Office for Foreign Economic Affairs
of the Federal Department of Public Economy
3003 Berne, Switzerland

b) On the Polish side:

Ministry of Finance
Foreign Department
ul. Swietokrzyska 12
00-916 Warsaw, Poland

Article 9

Annexes

The Annexes I, II and III to this Agreement are an integral part of it.

Article 10

Amendments

Amendments to this Agreement shall be effected by way of exchange of letters between the Contracting Parties.

Article 11

Expiration

1. This Agreement shall be in force until

- a) all payments specified in Article 3 to be made by Poland are effected, and
- b) all funds in the escrow account are used according to Articles 4 and 5.

2. This Agreement shall cease to be in force on the day when both Switzerland and Poland agree that the conditions set out in Paragraph 1 of this Article are fulfilled.

E

Früh

Article 12

Termination

1. In case Poland fails to comply with this Agreement, in particular with Articles 3, 4, 5, and 6, and does not remedy this situation within three months following Switzerland's request to do so, Switzerland shall be allowed to terminate this Agreement with immediate effect by means of written notification.

2. In case Switzerland terminates this Agreement, Poland shall owe the part of the total amount that has not yet been forgone and shall immediately resume to make the payments for the remaining outstanding debt as agreed in the Bilateral Debt Agreement. This Agreement shall continue to apply with respect to the funds remaining in the escrow account until these funds are used.

Article 13

Entry into force

This Agreement shall enter into force on the date of its signature by the two Governments.

In witness whereof the undersigned plenipotentiaries, duly authorized, have signed this Agreement.

Done in, on, in two originals in English.

For the Government of
the Swiss Confederation:

For the Government of
the Republic of Poland:

E

Handwritten signature

Annex I

List of commercial credits to be forgone according to Article 2:

[to be established before the signature of the Agreement]

E,

Jeub.

Annex II

Gradual debt cancellation in 28 semi-annual partial cancellations according to Article 2:

0,25	%	as at September 30, 1995;	0,25	%	as at March 31, 1996
0,375	%	as at September 30, 1996;	0,375	%	as at March 31, 1997
0,50	%	as at September 30, 1997;	0,50	%	as at March 31, 1998
0,625	%	as at September 30, 1998;	0,625	%	as at March 31, 1999
1,00	%	as at September 30, 1999;	1,00	%	as at March 31, 2000
1,50	%	as at September 30, 2000;	1,50	%	as at March 31, 2001
2,50	%	as at September 30, 2001;	2,50	%	as at March 31, 2002
3,50	%	as at September 30, 2002;	3,50	%	as at March 31, 2003
4,50	%	as at September 30, 2003;	4,50	%	as at March 31, 2004
5,50	%	as at September 30, 2004;	5,50	%	as at March 31, 2005
6,50	%	as at September 30, 2005;	6,50	%	as at March 31, 2006
7,00	%	as at September 30, 2006;	7,00	%	as at March 31, 2007
7,50	%	as at September 30, 2007;	7,50	%	as at March 31, 2008
8,75	%	as at September 30, 2008;	8,75	%	as at March 31, 2009

Annex III

Referred to in Article 3:

The following list of 28 semi-annual installments refers to the total amount in Swiss Francs stated in Article 3, Paragraph 2, Subparagraph a). The procedure for the conversion of the individual amounts into Polish Zloty is laid down in Paragraph 1 of Article 3.

0,25	%	as at September 30, 1995;	0,25	%	as at March 31, 1996
0,375	%	as at September 30, 1996;	0,375	%	as at March 31, 1997
0,50	%	as at September 30, 1997;	0,50	%	as at March 31, 1998
0,625	%	as at September 30, 1998;	0,625	%	as at March 31, 1999
1,00	%	as at September 30, 1999;	1,00	%	as at March 31, 2000
1,50	%	as at September 30, 2000;	1,50	%	as at March 31, 2001
2,50	%	as at September 30, 2001;	2,50	%	as at March 31, 2002
3,50	%	as at September 30, 2002;	3,50	%	as at March 31, 2003
4,50	%	as at September 30, 2003;	4,50	%	as at March 31, 2004
5,50	%	as at September 30, 2004;	5,50	%	as at March 31, 2005
6,50	%	as at September 30, 2005;	6,50	%	as at March 31, 2006
7,00	%	as at September 30, 2006;	7,00	%	as at March 31, 2007
7,50	%	as at September 30, 2007;	7,50	%	as at March 31, 2008
8,75	%	as at September 30, 2008;	8,75	%	as at March 31, 2009

E

Gruhl